



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24881 - 83  
Fernschreiber 0386099

P/XIV/52 - 4. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |                                                                                                          |    |
|-------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1 - 2 | Das Wort ist gefallen... "Disengagement"<br>Zum Abschlußkommuniqué der Gespräche Macmillan-Chruschtschow | 69 |
| 3 - 4 | Tirane - Belgrad - Moskau<br>Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher                    | 69 |
| 5 - 6 | Rudolf Wissell - 90 Jahre<br>Von Kurt Mattick, MdB                                                       | 76 |
| 7     | Autoritätsschwund<br>Dr. Adenauers Niederlage bei der Präsidenten-Nominierung                            | 49 |

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Das Wort ist gefallen ... "Disengagement"

G.M. - So pessimistisch die bisherigen Kommentare über den Moskau-Besuch Macmillans gewesen sein mögen - heute steht fest, daß bei den Gesprächen zwischen Chruschtschow und dem britischen Premier Ansatzpunkte für eine sachliche Erörterung der zwischen Ost und West stehenden Probleme gefunden wurden.

Wir sind weit davon entfernt, behaupten zu wollen, Macmillan und Chruschtschow hätten in irgendeiner Frage völlige Übereinstimmung erzielt. Das war auch gar nicht die Absicht Macmillans, der schon vor seiner Reise nach Moskau oft genug verkündet hatte, er wolle lediglich den Standpunkt der Machthaber im Kreaml kennenlernen.

Und doch enthält das Abschlußcommuniqué über die Gespräche der beiden Staatsmänner einige recht interessante Passagen, die mehr bedeuten, als nur die höfliche Erwähnung der Unterhaltungsthemen. Da heißt es nach Hinweisen auf das Abrüstungsproblem, auf die wünschenswerte Anwendung der Kernenergie für ausschließlich friedliche Zwecke, auf die Arbeiten der Genfer Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche, die Probleme eines deutschen Friedensvertrages und die Nützlichkeit, ein stabiles europäisches Sicherheitssystem zu schaffen:

"In diesem Zusammenhang stimmten sie darin überein, daß es nützlich wäre, wenn die Möglichkeiten für eine Erhöhung der Sicherheit durch irgendeine Beschränkung der Streitkräfte und Waffen sowohl herkömmlicher als atomarer Art in einem vereinbarten Gebiet Europas, verbunden mit einem geeigneten Inspektionssystem weiterhin geprüft würden".

Dieser Passus im Abschlußcommuniqué der Moskauer Gespräche bedeutet, daß zum ersten Mal ein westlicher Staatsmann gemeinsam mit dem Regierungschef der Sowjetunion das Problem einer militärisch verdünnten Zone im Herzen Europas im positiven Sinne anspricht. Bisher wurde von westlicher Seite immer behauptet, ein Auseinanderrücken der beiden Militärblöcke in Europa, wie es im Plan des polnischen Außenministers Rapacki, in den Vorschlägen des britischen Oppositionsführers Caitskell und sogar bei den Überlegungen eines Georges Kennan zur Lösung des Problems der europäischen Sicherheit vorgesehen ist, sei gleichbedeutend mit der militärischen und politischen Schwächung des Westens.

Man hat viele Artikel über dieses Thema geschrieben und nachzuweisen versucht, daß schon die Erwähnung des Begriffs "Disengagement" bei Gesprächen mit den Russen das westliche Angebot zu einer "Vorleistung" an den Osten sei. Macmillan scheint dieses Tabu bewußt durchbrochen zu haben, denn sonst wäre kaum anzunehmen, daß er seine Unterschrift neben die eines Chruschtschow unter ein Dokument setzte, das sicher für die kommenden Verhandlungen zwischen Ost und West von großer Bedeutung sein dürfte.

Gewiß wird es in Deutschland nachdenklich stimmen, daß in diesem Communiqué die Deutschland-Frage und das Berlin-Problem nicht im Vordergrund stehen und daß man ausdrücklich betont, die Gesprächspartner hätten in der Frage der juristischen und politischen Aspekte dieser Probleme keine Übereinstimmung erzielen können.

Diese "Rangordnung" deutet zweifellos darauf hin, wie sehr die Lösung des speziellen Deutschland-Problems vor den ehemaligen Siegermächten - und besonders von der Sowjetunion - in seinem Kern als das Problem der europäischen Sicherheit schlechthin betrachtet wird. Sie - die "Rangordnung" - zeigt ferner, wie die Behandlung des ganzen Komplexes immer wieder in die Frage einmündet, welchen militärischen Status ein später zu vereinigendes Deutschland einmal haben wird.

Insofern ist das Moskauer Abschlußcommuniqué von den Gesprächen zwischen Chruschtschow und Macmillan mehr als aufschlußreich. Nachdem das Wort von der militärisch verdünnten Zone als zukünftiges Verhandlungsobjekt einmal offiziell angesprochen wurde, also nicht mehr nur Gegenstand theoretischer Überlegungen ist, stellt sich für die deutsche Politik von selbst die große Aufgabe, gerade dieses Thema durch eigene Vorschläge und Vorstellungen bei kommenden internationalen Konferenzen in den Vordergrund zu bringen.

Wenn nicht alles täuscht, werden die Siegermächte in Kürze von sich aus dieses Thema aufgreifen. Dann aber vielleicht ohne Bohn, wo man bisher den Plänen eines Auseinanderrückens der beiden Militärböcke in Europa die kalte Schulter gezeigt hat.

Das Wort von "Disengagement" ist gefallen; es wird auf der Tagesordnung bleiben.

Tirana - Belgrad - Moskau

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Zwei scharfe jugoslawische Protestnoten an die Adresse der albanischen Regierung in Tirana und zwei albanische Proteste an die Belgrader Anschrift in einem Zeitraum von nur zehn Tagen charakterisieren deutlich den absoluten Tiefstand der Beziehungen zwischen diesen beiden Balkanstaaten.

Seitdem die jugoslawischen Kommunisten 1948 in Gefolge der Kominformresolution ihren einst in Tirana außerordentlich starken Einfluß verloren, stand es nie gut um die Kontakte zwischen Jugoslawien und Albanien. Und selbst, als nach der Belgrad-Reise Chruschtschows (1955) sich in den osteuropäischen Hauptstädten die Stimmung für Jugoslawien zu erwarten begann, blieb es in Tirana tiefer Winter. Zwar wurden die ideologischen Vorwürfe gegen Tito-Jugoslawien gemindert, gänzlich verstummt sie jedoch nie. Der neue Bruch zwischen dem Ostblock und Jugoslawien mußte für den allzeit unnachgiebigen Eaver Hodza eine Selbstbestätigung darstellen, wie sie dem Führer des 1,5 Millionen Einwohnerstaates Albanien kaum jemals zuteil geworden sind. Kein Wunder, wenn sich Tirana in der zweiten Runde der Auseinandersetzung mit Jugoslawien mit in der vordersten Reihe fand, sowohl was den Zeitpunkt der Veröffentlichung gewisser Vorwürfe als auch deren Schärfe anbelangt. Die dabei gewichtige Unterstützung Chinas bezeugt am augenfälligsten den albanischen Kursanstieg an der kommunistischen politischen Börse.

Aber die Härte der albanischen Vorwürfe gegenüber Belgrad dürfte kaum ausschließlich aus den ideologischen Differenzen zu erklären sein. Das kleine und bis Kriegsende industriell fast vollkommen unentwickelte Albanien befand sich seit 1948 bzw. 1958 erneut in einer ausschließlich "kapitalistisch-revisionistischen" griechisch-jugoslawischen Umklammerung. Das Fehlen jeder direkter Landverbindung zu seinen Ostblockpartnern dürfte einer der wesentlichen Faktoren der albanischen Außenpolitik sein. Der natürliche Einfluß des großen Nachbarn Jugoslawien kann nur durch einen noch größeren, wenngleich fernliegenderen Partner aufgefangen werden.

Die albanische Position im Mittelmeer und ihre strategische Bedeutung dürften für Moskau von jeher eines der wichtigsten Motive gewesen sein, Albanien nicht vollkommen unter jugoslawischen Einfluß ge-

raten zu lassen. Hier dürften die Überlegungen für die außerordentlichen Hilfeleistungen der Sowjetunion an den albanischen Außenposten auf dem Balkan zu finden sein. Alle, wengleich nicht zahlreichen Besucher des Skiptarenlandes, sind sich darin einig, daß die Hilfe aus Moskau ein beträchtliches zur wirtschaftlichen Entwicklung Albanien beiträgt. Der Gegenpreis dürften die Flottenstützpunkte in den albanischen Häfen sein.

Die gegenwärtige jugoslawisch-albanische Auseinandersetzung bekommt unter diesem Aspekt einen außerordentlich interessanten Zug. Neben dem einen Thema, dem Belgrader Vorwurf, Albanien verfolge unter versuchter Aufwiegelung der rund eine Million starken albanischen Bevölkerungsguppe in Jugoslawien eine irredentistische Außenpolitik, bezieht sich das zweite Protest-Thema auf die Adria-Schifffahrt. Die zuerst von Tirana erhobenen Proteste, jugoslawische Schiffe hätten albanische Territorialgewässer verletzt, wurden jedoch von Belgrad offensiv durch einen eigenen Protest zurückgegeben. Demnach soll jugoslawischen Handelsschiffen die Durchfahrt der albanischen Küstengewässer verboten worden sein. Darüber hinaus sollen albanische Küstenfahrzeuge jugoslawischen Handelsschiffen das Anlaufen schützender Häfen selbst bei außerordentlich schlechten Witterungsverhältnissen untersagt haben.

Da der albanische Vertreter in Belgrad die Annahme beider jugoslawischer Noten verweigerte und Tirana außerdem schon im Mai 1959 einen von Belgrad vorgeschlagenen Vertrag zur Regelung von Fragen der Küstenschifffahrt abgelehnt haben soll, bleibt neben der ideologischen Motivierung noch ein mehr realer Grund für das albanische Verhalten. 5/6 des albanischen Staatsgebietes sollen Ausländern nur mit besonderer Erlaubnis zugänglich sein.

Es liegt auf der Hand, daß dabei den Küstengebieten aus strategischen Gründen ganz besondere Schutzmaßnahmen zugedacht sein dürften. Mit dem Namen des albanischen Hafens Valona sind mysteriöse Vorstellungen über einen imposanten Unterseeboots-Stützpunkt verbunden. Die hauptsächlich in der Nähe Valonas erfolgte Intervention albanischer Küstenfahrzeuge gegen jugoslawische Schiffe, wie aus der Belgrader Note ersichtlich ist, dürfte hiermit vielleicht eine tiefere "anti-revisionistische Motivierung" erhalten.

+ + +

Rudolf Wissell - 90 Jahre

Von Kurt Mattick, MdB

Auf dem Münchner Parteitag 1956 trat ein großer alter Mann, schon etwas gebeugt, ans Rednerpult und sagte u.a.: "Ich stehe am Spätabend meines Lebens. Ich weiß nicht, ob das Schicksal es mir beschieden hat, noch einmal an einem Parteitag teilzunehmen. Ich will daher zunächst die Alten grüßen, die in den letzten Jahren mit mir noch zusammengearbeitet haben. - Es lebt keiner mehr von den ersten, die mit mir in den beiden Kabinetten Scheidemann und Müller tätig waren. Alle haben sie die Augen schließen müssen. - Darum meine Mahnung vor allem an die Jugend: Bleibt treu, dann habt Ihr die Kraft, in unermüdlicher Beharrlichkeit ohne Schranken der Partei zu dienen. Mit diesem Wunsche an Euch alle möchte ich schließen, und dann vielleicht doch noch: Auf ein Wiedersehen."

Es war Rudolf Wissell, der Senior unserer Partei, der diese Abschiedsworte sprach und an das Gewissen und die Pflicht appellierte. Nun haben wir die Freude, dem 90jährigen gegen seine eigene Erwartung zu gratulieren.

Rudolf Wissell wird am 8. März sein 90. Lebensjahr vollenden. In Berlin, seiner Wahlheimatstadt, wird eine kleine Feierstunde in Anwesenheit anderer Veteranen zu Ehren des Alten und gleichzeitig zu Ehren der Alten stattfinden. Erich Ollenhauer wird die Gratulationsrede halten und neben Paul Löbe, Adolf Schönfelder, Wilhelm Keil und Anna Kemitz wird Angelika Balabarnoff, die Seniorin der italienischen Sozialisten, an dieser Feierstunde beteiligt sein.

Welche Bewegung in der Welt gibt es, die mit Stolz ihre alten Kämpfer feiern kann? Die europäische Entwicklung der letzten hundert Jahre wurde geprägt durch den Kampf der modernen freiheitlich sozialistischen Arbeiterbewegung um die Befreiung des Menschen, ja man kann sagen, um das Wiederfinden des Menschen zu sich selbst. Die Idee des Sozialismus, die in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt wurde, hat die Weltgeschichte in einem unvorstellbaren Ausmaß verändert. So beäuerlich es ist, daß die Art des Bolschewismus die

Menschheitsidee des Sozialismus diskreditiert hat, die Entwicklung der westlichen Welt und ihre Chance, den Bolschewismus zu überwinden, ist durch die moderne Arbeiterbewegung geprägt.

Da steht nun einer unter uns, der dieser Entwicklung den entscheidenden Stempel mit aufgedrückt hat. Als Rudolf Wissell am 8. März 1869 geboren wurde, begann in Deutschland erst die harte Auseinandersetzung der damals jungen Arbeiterbewegung mit dem kaiserlich-königlichen kapitalistischen Staat. In Göttingen geboren, verlegten seine Eltern bald den Wohnsitz nach Bremen und dort erlebte Rudolf Wissell seine erste Jugendzeit - im wesentlichen unter der Obhut seiner Mutter, da der Vater als Obersteuermann nicht sehr viel zu Hause war. Rudolf Wissell lernte Maschinenbau und so kam er als junger Geselle frühzeitig mit der Arbeiterbewegung in Berührung, und es ist nicht verwunderlich, wenn er seit 1888 nicht nur den geheimen Organen der Sozialdemokratischen Partei angehörte, sondern auch zu den Senioren der Gewerkschaftsbewegung gehört und im Deutschen Metallarbeiterverband bis 1933 eine maßgebliche Rolle spielte.

Es ist hier nicht der Ort, die ganze Lebensgeschichte Rudolf Wissells zu erzählen. Zwischen 1919 und 1933 war er für uns als junge Generation ein leuchtendes Beispiel von Treue und Verantwortungsbewußtsein eines typischen Arbeiterfunktionärs, eines Mannes, der diesen oft geschränkten Titel den besten Ehrenschild verliehen hat. Die Universität Kiel verlieh ihm 1929 zu seinem 60. Geburtstag den Titel eines Ehrendoktors für seine wissenschaftlichen Leistungen - vielleicht die größte Ehre, die einem Manne zuteil werden kann, der aus dem Arbeiterstand mit Volksschulbildung an sich selbst arbeitet, um für die Menschheit zu wirken.

In den dunklen Jahren war sein Haus in Tempelhof eine Stätte des Trostes, der Pflege von Verbindungen und Freundschaften und der Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes. Verhaftung und Verfolgungen im Dritten Reich konnten ihn nicht erschüttern. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch stand er wieder zur Verfügung, aber gemeinsam mit Paul Löbe, mit dem ihn eine enge Freundschaft verbindet, drängte er nicht mehr nach Führungsaufgaben. Auch er vertrat den Standpunkt, daß seine Generation nur noch beratend und helfend zur Verfügung stehen sollte. Das allerdings tat er mit dem von ihm gewohnten Fleiß und Verantwortungsbewußtsein. In seinem Häuschen in Tempelhof hat er eine kleine Werkstatt, um niemals ganz den Kontakt zu seinem Handwerk zu verlieren. Man trifft ihn dort auch heute noch zuweilen bei handwerklichem Schaffen und seine Wohnräume sind von kleinen Schmiedearbeiten, schönen Metallkrügen, geziert, die er alle selbst gefertigt hat.

Rudolf Wissell ist Ehrenbürger des Landes Berlin. Er ist für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung ein lebendiges Denkmal ihrer Leistung. Hoffen wir, ihm noch recht oft zum Geburtstag gratulieren zu können.

### Autoritätschwund

ler. So etwas hat es in Bonn noch nicht gegeben - : eine gelangene Rebellion grosser Teile der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen ihren Parteichef und Bundeskanzler Dr. Adenauer. Seit der Bildung der Bundesrepublik stand die grösste Regierungspartei ganz im Schatten der autoritären Führung Adenauers. Gelegentliche Aufstandsversuche wurden schon im Keim erstickt, immer gelang es dem alten Herrn, Widerspenstige zu zähmen, zu demütigen oder sie auf diplomatische Posten abzuschleppen. Wie oft haben CDU-Bundestagsabgeordnete bei gelöster Zunge und unter vier Augen im Gespräch ihre Herzens- und Gewissensnot verraten, die sie manchmal in Konflikt mit den Entscheidungen des Bundeskanzlers geraten liess. Zuletzt noch bei der Beschlussfassung über die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Viele CDU-Abgeordnete liessen ihre wohlbegründeten Bedenken unter den Tisch fallen, da sie es nicht wagen konnten, den Zorn ihres obersten Chefs herauszufordern.

Diesmal, bei der Nominierung des Kandidaten für die am 5. Juli in Berlin fällige Wahl zum Bundespräsidenten, schlug die Taktik des Bundeskanzlers gegen ihn selbst aus. Sein vielgerühmter Instinkt für Imponderabilien hatte ihn verlassen.

Nach gewohnter Manier glaubte Adenauer seine Fraktion mit der Nominierung des Bundeswirtschaftsministers Erhard, die im recht engen Kreis erfolgte, überrumpeln zu können. Zweierlei wäre damit - wäre es nach seinem Sinne gegangen - erreicht worden: die Wahrung der konfessionellen Parität bei der Besetzung der höchsten Staatsämter und als gewiss sehr angenehme Zugabe die Ausschaltung Erhards als möglicher Nachfolger für Adenauer. Noch am gleichen Tage, da im engsten Führungskreis der CDU die Nominierung Erhards erfolgte, liess der Bundeskanzler den Bundeswirtschaftsminister in dem Glauben, die ganze CDU stünde geschlossen hinter dieser Kandidatur - eine folgenschwere Fehleinschätzung der wirklichen Stimmung und Strömungen in der grössten Bundestagsfraktion, wie die nachfolgenden Tage zum Schmerz und zur Enttäuschung Adenauers bewiesen. Grosse Teile der CDU-Fraktion folgten diesmal nicht den Spuren ihres Herrn und Meisters, sie begehrteten auf und zwangen Adenauer zu einer Revision seiner Haltung. Viele Motive mögen bei dieser Rebellion mit dem Ausschlag gegeben haben, unter anderem auch vielleicht die Einsicht, es sei nicht gut um die Zukunft ihrer Partei und der Bundesrepublik bestellt, den 83-jährigen Bundeskanzler selbstherzlich in so entscheidenden Fragen walten zu lassen.

Diese gelangene Rebellion ist ein bemerkenswertes Novum in der jungen Geschichte der Bundesrepublik. Sie war begleitet von einem schweren Autoritätsverlust für den Bundeskanzler und gleichzeitig mit einem Prestigeerwerb für den Bundeswirtschaftsminister, auf den sich die Hoffnungen der weiterblickender Kräfte in der CDU richten. Die Macht des Bundeskanzlers über seine Partei hat an Gewicht verloren. Dass bei diesem innerparteilichen Ringen und seinem Ausgang in der CDU die Würde der höchsten Institution der Bundesrepublik in schwere Mitleidenschaft gezogen wurde, hat die CDU mit sich selbst auszumachen. Es gereicht ihr nicht zum Ruhm.